

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 9 (1915)
Heft: 3-4

Artikel: Der Hunger nach Gerechtigkeit
Autor: Umfrid, O.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-133520>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Glaube an die Wahrheit dessen, was in Jesus erschienen ist und was er verheißen hat, fielen damit nicht zusammen, denn Gottes Reich steht und fällt nicht mit irgend einem Tempelbau und wäre es auch der größte und machtvollste.

H. Nagaz (Zürich).

Der Hunger nach Gerechtigkeit.

Siehe, es kommt die Zeit, spricht der Herr, Herr, daß ich einen Hunger in das Land schicken werde. Nicht einen Hunger nach Brot, oder Durst nach Wasser, sondern das Wort des Herrn zu hören. Daß sie hin und her, von einem Meer zum andern, und von Mitternacht gegen Morgen umlaufen, und des Herrn Wort suchen und doch nicht finden werden. Zu der Zeit werden schöne Jungfrauen und Jünglinge verschmachten vor Durst." Was Amos in dieser erschütternden Schilderung in abstrakter Weise Hunger nach dem Worte Gottes oder einer Offenbarung nennt, das ist, wenn wir den Kerngedanken des Alten Testaments vergleichen, gewiß nicht falsch gedeutet, wenn wir den Hunger nach Gerechtigkeit darin miteingeschlossen sehen. Ein solcher Hunger, ein brennendes Verlangen nach größerer Gerechtigkeit im Völkerleben, zehrt gegenwärtig wie ein Fieber an der Seele derer, die den Jammer der Zeit in seiner Tiefe erfassen. Und noch haben sie keinen Quell der Erquickung entdeckt. Es ist, wie wenn eine Karawane von einem Salzmeer zum andern wanderte, oder wie wenn sie von der Steppe zur Wüste, von der Wüste zur Steppe zurückgetrieben würde und nirgends Wasserbrunnen fände, um dem Tod des Verschmachtens zu entinnen. Ach ja, und heutzutage stirbt auch das hoffnungsvollste Leben, das im Blüten Schmucke des Lenzes steht, schöne Jünglinge und Jungfrauen, dahin in trostlosem Gram.

Man hat mit Recht gesagt: das Schwerste, das man in der Zeit des brudermörderischen, kindertötenden und ehrenräuberischen Krieges erlebt, das sind nicht die tausendfachen körperlichen Wunden, aus denen unsere Völker bluten, das sind die sittlichen Schäden, die unheilbar scheinen. Das ist m. E. vor allem der Mangel an Rechtsinn, das Verlangen dessen, was man von dem Richtersthule der Gerechtigkeit verlangt, das sich in so erschreckender Weise offenbart.

Der Krieg ist, rein objektiv betrachtet, die schärfste Antithese zum Begriffe der Gerechtigkeit. Nicht das Recht, sondern die Gewalt triumphiert, solange er das Schwert in blutbefleckten Händen hält. Verbriefte Verträge werden durch ihn zerrissen, Freiheiten, die einst mit den größten Opfern erkaufte wurden, werden durch ihn wieder in Frage gestellt. Die niedergeworfene Unschuld krümmt sich unter den Fäusten des Würgers. Die Seele des Menschenfreundes krampft sich zusammen, wenn er sieht, wie die unschuldigen Völker, deren Kindergeist gewohnt

ist, alles auf Treu und Glauben anzunehmen, was ihnen von oben gesagt wird, mit ihrem Blut die Fehler der herrschenden Klassen bezahlen müssen. Und dabei hat das Christentum eine fast zweitausendjährige Geschichte hinter sich; und alles scheint vergeblich zu sein, was an Opfermut und Hingebung, an Liebe und Treue an die Völker verschwendet worden ist. Roheit und Bestialität, Gewalttat und Barbarei ist an der Tagesordnung, und der Engel der Barmherzigkeit verhüllt schauernd sein Antlitz. Nötigt uns diese Tatsache nicht zur Selbstkritik? Müssen wir nicht bekennen, daß wir es versäumt haben, die christlichen Grundsätze auf das Völkerleben anzuwenden? Haben wir nicht den Scheinwerfer des christlichen Idealismus immer viel zu sehr nach oben geworfen, um in seinem Lichte die Wohnungen des Vaterhauses zu entdecken, statt ihn wagrecht über die Erde hingleiten zu lassen, um zu sehen, wie weit die Welt davon entfernt ist, den Willen Gottes im Großen zu tun und dem Reich Gottes Bahn zu machen? Kleine und kleinste Vorschriften haben wir gegeben, um das Privatleben so anständig wie möglich zu gestalten, haben das Mauergärtchen unserer Privatsittlichkeit mit rührender Liebe gepflegt und bepflanzt, und haben nicht bemerkt, daß das Meer unsittlichen Staatenlebens, das höher und höher stieg, schließlich auch unser Gärtchen wegreißen kann? Ja, viele von uns haben sich direkt geweigert, die ewigen Gesetze auf das öffentliche Leben anzuwenden. Von Eigengesetzlichkeit der Politik hat man gefabelt, und ist damit unmerklich in den Abgrund hineingeglitten, in dem wir uns jetzt, von den Wetterern des Weltkriegs umzuckt, in unserem Schmerze wälzen. Bezeichnend für das, was ich sagen will, ist ein Ausspruch Bismarcks, der sich in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ findet: „Jeder, der heutiger Zeit in politischen Kämpfen gestanden hat“, schreibt er, „wird die Wahrnehmung gemacht haben, daß Parteimänner, über deren Wohlerzogenheit und Rechtlichkeit im Privatleben nie Zweifel aufgekomen sind, sobald sie in politische Kreise hineingeraten, sich von den Regeln des Ehrgefühls und der Schicklichkeit, deren Autorität sie sonst anerkennen, für entbunden halten, und aus einer karrikierenden Uebertreibung des Satzes „das öffentliche Wohl ist das höchste Gesetz“, die Rechtfertigung für Gemeinheiten und Roheiten in Sprache und Handlungen ableiten, durch die sie sich außerhalb der politischen und religiösen Streitigkeiten selbst angewidert fühlen würden. Diese Lossagung von allem, was schicklich und ehrlich ist, hängt undeutlich mit dem Gefühl zusammen, daß man im Interesse der Partei, das man dem des Vaterlands unterschiebt, mit anderem Maße zu messen habe, als im Privatleben, und daß die Gebote der Ehre und Erziehung in Parteikämpfen anders und loser auszulegen seien als selbst im Kriegsgebrauch gegen ausländische Feinde.“ Hätte freilich einer diese vortreffliche Rede ins Internationale übersetzt und etwa gesagt: „Ebensowenig wie im Privatleben und im Fraktionsleben ist es im internationalen Leben erlaubt, Intriguen, Heimtücken, Ueberlistungen, Verschleierungen, Ueberrumpelungen, Berge-

waltungen u. dgl. anzuwenden," so hätte Bismarck sich veranlaßt gesehen, diese Konsequenz entschieden abzulehnen. Denn sobald er sich seinem eigenen Gewissen und seiner Nation gegenüber damit decken konnte, daß er im nationalen Interesse auftrate, so hielt er die Anwendung von List und Gewalt nicht nur für erlaubt, sondern u. U. für direkt geboten.

Das ist nun eben das Problem, das uns heute beschäftigt: Ist es möglich, moralische Gesetze auch aufs Völkerleben anzuwenden, ohne an der Pflichtenkollision zu scheitern, daß der moralisch handelnde Staatsmann eben dadurch, daß er Recht tut, sein Vaterland in einen Haufen rauchender Trümmer verwandeln kann. Die Angst, die in dem vorhergehenden Satz angedeutet ist, beherrscht tatsächlich die ganze internationale Politik. Man fühlt sich durch die internationale Ordnung oder vielmehr Unordnung, in der sich der Einzelstaat befindet, zu Gewaltstreichen geradezu gezwungen, um das Wohl des eigenen Landes zu schützen; und nicht nur der Staatsmann, sondern auch der gewöhnliche Durchschnittspolitiker fühlt sich durch die Rücksicht auf das Staatsinteresse gegenüber allen Vorwürfen, die ihm wegen unmoralischen Handelns gemacht werden, entlastet. Wenn es das Interesse des Staats, wenn es die Staatsraison verlangt, so annektiert man Provinzen und raubt Kolonien, so bombardiert man Städte, zerreißt geheiligte Verträge und verbittet sich jeden Vorwurf, den die andern daraus konstruieren wollen. Durch die Schurkerei der andern fühlt man sich gedeckt in der Anwendung von Mitteln, die man im Privatleben für sehr ansechtbar halten würde: „A un fourbe, un fourbe et demi“, sagte Friedrich der Große in seinem Anti-Macchiavelli. Das Traurigste ist, daß auch die Kirche, im großen Ganzen zur Nationalkirche geworden, an diesen Dingen keinen Anstoß mehr nimmt. Die meisten Pfarrer sind heutzutage *advocati patriæ*, statt daß sie sich als *milites regni divini* fühlen würden.

So kommt es denn auch, daß ein Volk seine eigene Geschichte in der Regel ganz anders ansieht, als dieselbe von anderen beurteilt wird. Greifen wir einige Beispiele aus der englischen Geschichte heraus, so erklärt John Bull die Beschießung des neutralen Kopenhagens und die Annexion der dänischen Flotte im Jahr 1807 als eine Staatsnotwendigkeit, die hervorgerufen war durch die Politik Napoleons, der keine Bedenken gehabt hätte, die dänische Flotte zu einem Einfall in England zu benützen. Er erklärt die Beschießung von Alexandria und die Besetzung von Aegypten für etwas durch die Staatsraison Gebotenes, da nur durch den Besitz Aegyptens der Weg nach Indien sichergestellt werden konnte. Er bemerkt, daß die Unterdrückung der Buren unvermeidlich gewesen sei, da sonst die englische Herrschaft in Südafrika überhaupt in Frage gestellt worden wäre. Und dabei kümmert er sich nicht darum, daß alle anderen diese Handlungen für Akte der Brutalität und Schurkerei erklären. Genau so steht es mit der preussischen Geschichte. Als Preußen und Oesterreich im Jahr 1864

den Dänen Schleswig-Holstein entrissen, wurde dieser Vorgang von der ausländischen Presse so beurteilt, als ob zwei baumstarke Kerls über einen kleinen Jungen herfielen, um ihm das Seine zu nehmen. Als Bismarck im Jahr 1866 mit Hilfe des welschen Bundesgenossen Oesterreich aus dem deutschen Staatsverband hinausdrängte, die ungarische Legion bildete, und die Revolution der Magyaren gegen die Donaumonarchie unterstützte, als er Hannover und Hessen-Nassau annectierte, hallte die ganze Welt wider von dem Geschrei über Rechtsbrüche und Treulosigkeiten ersten Ranges. Als im Jahr 1870 die hohenzollersche Thronkandidatur für Spanien aufgestellt und die Emser Depesche redigiert wurde, war man in Europa von der Heimtücke der preußischen Diplomatie überzeugt, und urteilte voll sittlicher Entrüstung über die Ränke, wie sie von der Wilhelmstraße aus gesponnen werden, um die Erhaltung des Friedens unmöglich zu machen. In Deutschland werden dieselben Vorgänge bekanntlich in diametral entgegengesetzter Beleuchtung gesehen. Alles war staatsnotwendig unter dem preußischen Gesichtswinkel betrachtet, und darum nicht nur erlaubt, sondern direkt geboten.

Man hat m. E. nur die Wahl, entweder zu erklären: die Politik steht tatsächlich jenseits von Gut und Böse, es handelt sich in ihr um ein Reich für sich, das seinen eigenen Gesetzen unterworfen ist; und dann hüte man sich auch, die uns feindlichen Akte auswärtiger Staatskunst moralisch zu beurteilen, oder aber, man gebe zu, daß auch die Politik als eine Sache betrachtet werden muß, die das Zusammenleben der Menschen betrifft, und die eben deshalb moralischer Beurteilung unterliegt. Dann aber fange man mit der moralischen Entrüstung gefälligst bei sich selber an. Heute aber noch stehen unsere Völker tatsächlich auf der Stufe des Botokudenhäuptlings, der behauptet: „Wenn ich einem anderen seine Frau nehme, so ist es eine gute Handlung, wenn der andere mir meine Frau nimmt, so ist es eine schlechte Handlung.“ Anwendung: wenn ich einem anderen Volk eine Kolonie raube, so ist es unanfechtbar gut und recht; wenn das andere Volk mir eine Kolonie entzieht, so ist dies niederträchtig, tückisch und brutal. Wenn wir ein Volk in den Dursttod hineintreiben — es war übrigens nur ein wildes — so ist es eine Staatsnotwendigkeit; wenn unserem Volk die Zufuhr abgeschnitten wird, sodaß der Hunger droht, so ist das ein zum Himmel schreiendes Verbrechen. Wenn unsere Bomben auf gewisse Städte fallen mit der Wirkung, daß Frauen und Kinder sich in ihrem Blute wälzen, so ist dagegen völkerrechtlich gar nichts einzuwenden, wenn die Bomben unsere Städte treffen, so kennt unser Furore keine Grenzen.

Aber wie soll den im Blut gebadeten Völkern, den zertretenen Seelen, den rechtlosen Unglücksmenschen eine Erlösung kommen? Ich darf vielleicht in einer persönlichen Erinnerung die Antwort suchen. Vor 21 Jahren sprach ich in der Kathedrale meiner Stadt über das Wort: „Zion muß durch Recht erlöst werden, Jerusalem durch

Gerechtigkeit.“¹⁾ Ich verstand aber unter dem Recht die ganze Summe all der Grundbedingungen, die zur Aufrechterhaltung eines menschenwürdigen Daseins gehören. Ich sprach von dem Recht auf Arbeit, auf genügenden Lohn, auf ausreichende Ruhe, auf menschenwürdige Wohnung. Ich zeigte, wie wenig von diesen berechtigten Forderungen der Arbeiter erfüllt sei, und wies darauf hin, daß nur das Zugeständnis der erwähnten Rechte an die entrechteten Massen die Erlösung der Völker und eine Lösung der sozialen Frage mit sich bringen könne. Einen Tag später begegnete mir ein Gemeinderat im Vorsaal unseres Rathauses. Er fragte mich im Tone sittlicher Entrüstung: „Wissen Sie, daß sie Aergernis gegeben haben?“ „Ja“, sagte ich, „aber unser Herr Christus hat auch manchmal Aergernis gegeben,“ worauf er mir erwiderte: „Sie sind noch lange kein Christus.“ „Das habe ich mir auch nie eingebildet“, war mein letztes Wort an ihn, „aber er hat uns ein Vorbild gelassen, daß wir sollen nachfolgen seinen Fußstapfen.“ Und so meine ich auch heute wieder, wir müssen in die Fußstapfen dessen treten, der nach der Weissagung des Alten Testaments „das Recht wahrhaftiglich sollte lehren.“ Heute fehlt es noch daran. Zwar ist auch das internationale Faustrecht, das heutzutage noch geübt wird, so schlecht es ist, doch eine Art von Recht. Im Mittelalter wurde dem Kläger erlaubt, nachdem der Richter seine Forderung für berechtigt erklärt hatte, sich nun sein Recht mit gepanzerter Faust selber zu holen. Auf diesem Standpunkt stehen heute noch die Nationen, nur daß sie den Richterspruch nicht abzuwarten pflegen, vielmehr in eigener Sache Richter sind. Aus der Nötigung, sich selbst zu helfen, die für den einzelnen Staat vorliegt, ergibt sich der ganze Rattenkönig der internationalen Verwicklungen, wie er beim Ausbruch des europäischen Krieges vorgelegen hat. Die Situation war wieder einmal derart, daß kein einzelner Staat sich an dem Kriegsausbruch als solchem schuldig fühlen mußte. Es ging vielmehr nach dem Paulusworte: „Das, was ich will, das tue ich nicht, sondern das, was ich nicht will, das tue ich, so tue nun ich dasselbige nicht, sondern die Sünde (scil. das System, die Methode), die in mir wohnet, die tut dasselbige.“ Es ist die Logik der Tatsachen, dieser verhängnisvolle Kausalnerus, der die Staatenlenker, die den Krieg gesät hatten, nötigte, den Krieg zu ernten. Es ist das politische Hereneinmaleins, das da lautet: „weil du rüstest, rüste ich, weil du mich bedrohst, bedrohe ich dich,“ das schließlich dazu führte, daß man aus der Herenküche, in der das Verderben gebraut wird, nicht mehr herauskam.

Wollen wir loskommen von dem Zauberkreis, der uns umschlungen hält, so muß ein neues Recht an die Stelle des Faustrechts oder der gewaltsamen Selbsthilfe gesetzt werden. Nicht daß ich damit das geschichtlich gewordene Recht als solches antasten wollte, das wäre revolutionär; die früher vollzogenen Annexionen müssen zurechtbestehen,

¹⁾ Jes. 1, 27.

nicht bloß darum, weil man bei einer Revision der Weltgeschichte nicht wüßte wo anfangen, noch aufhören, sondern auch darum, weil die Gewalttaten durch die darauffolgende Kulturarbeit gutgemacht worden sind. Aber das geschichtliche Recht muß ergänzt werden durch das formelle und materielle Idealrecht. Unter dem formellen Idealrecht verstehe ich das im Haag verkörperte: in morgenrötlichem Glanz erstrahlte der Schiedsgerichtspalast, aber er ist verschlossen mit eisernem Tor, und wie in ein unzugängliches Zauberschloß verwandelt. Aber es genügt nicht nur, eine Stätte für juristische Rechtsprechung zu haben, wir müssen einer Zeit entgegenstreben, wo auch das materielle Idealrecht in Geltung tritt. Darunter verstehe ich das Recht des Menschen auf den nährenden, tragenden Grund und Boden der Erde, die ihm seine Lebensbedürfnisse befriedigt, ihm seine Freuden bereitet und seine Ruhe gewährt. Politisch ausgedrückt, wir müssen einem System entgegenstreben, das überbevölkerten Nationen gestattet, in dünnbevölkerten Ländern sich anzusiedeln und neue Wohnsitze zu suchen an fernhinbrandenden Meeren.

Aber all das läßt sich nur erhoffen, wenn ein neuer Geist mit Flammenzeichen und mit Sturmessausen ausgegossen wird: der Geist des Rechts, der Sinn der ewigen Gerechtigkeit. Denn jener Hunger nach Gerechtigkeit, von dem wir anfangs sprachen, wird nicht erst durch ein neues Rechtssystem gestillt, er wird befriedigt in gewissem Sinn schon durch die Rechtsidee, wenn sie im Herzen Wurzel faßt. Dann wird das Wort des Dichters sich bewähren: „Es wird noch sein Genügen auf dieser Erden, in vollen Zügen sie trinken werden.“ Da werden die Durstigen schöpfen aus dem Heilsbrunnen, während der Sturm des neuen Geistes das altgewordene Laub der Privilegien hinwegfegt und die Kleider der Vorurteile flattern macht. Aber heute schon gilt das Wort der Verheißung: „Selig sind, die da hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden.“

D. Umfrid.

Der Krieg und die Befreiung von ihm.¹⁾

In der „Atlantic Monthly“ erschien unter der Aufschrift „The war and the way out“ ein Artikel von G. L. Dickinson vom Kings College in Cambridge (England), von dem wir die Einleitung in kurzem Auszug, die weiteren Ausführungen aber in wörtlicher Uebersetzung wiedergeben möchten.

Dem Verfasser ist es nicht darum zu tun, eine Untersuchung

¹⁾ Dieser Vortrag, von dem wir das abdrucken, was uns für unsere Leser das Wichtigste zu sein scheint, ist uns von befreundeter — und zwar schwedischer — Seite zugestellt worden, mit dem dringenden Wunsche, daß wir ihn dem deutschlesenden Publikum zugänglich machen sollten. Der Verfasser ist ein bekannter